

Heißt Mörfelden in sechs Wochen Waldfelden?

Es ist fünf Minuten vor Zwölf!

In wenigen Wochen soll es Mörfelden nicht mehr geben. Wenn am 1. Januar 1977 die letzten Neugliederungsgesetze in Kraft treten, werden die 1970 noch 2.642 Gemeinden Hessens auf 417 „geschrumpft“ sein.

Im Kreis Groß-Gerau wird es nur noch 14 selbständige Gemeinden geben, während es vor sechs Jahren noch 29 Kommunen waren.

Sicher ist niemand prinzipiell gegen Gebietsreformen, wenn man ein paar Minidörfer zusammenlegt, wenn es den Kommunen nützt, wenn die Bürger damit einverstanden sind – warum nicht?

Aber es bleibt – diese „Reform“ war im wesentlichen eine Reform, mit dem Schlachtermesser, Willkürlich, von oben herab, wurden die Gebiete zerlegt. Proteste gab es fast überall, und das ist verständlich. Man muß sich ja auch an den Kopf greifen, wenn man in Wiesbaden z.B. beschließt, aus Städten, deren Namen deutsche Geschichte sind, aus Gießen und Wetzlar, ein Gebilde namens Stadt Lahn zu machen. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn man mit einer nicht irritierbaren Sturheit in Wiesbaden auch an dem Namen „Waldfelden“ festhält.

Es bleibt festzuhalten, bei dieser „Reform“ bleibt der Bürgerwille auf der Strecke, denn auch über 3.000 Mörfelder Unterschriften gegen Fusion und Namensänderung wurden in Wiesbaden in den Papierkorb geworfen. Es sieht aus, als hätten die unbelehrbaren „Volksvertreter“ den Sieg davongetragen. War der Kampf also vergebens? Nein! Überall, wo das Volk aufbegehrt, ob in Whyll, Brockdorf oder in Mörfelden, lernt es Zusammenhänge zu erkennen. Immer mehr Bürger begreifen, daß man oben die großen Verwaltungseinheiten braucht, weil man die Bürgernähe fürcht-

et, wie der Teufel das Weihwasser. So läßt sich aufmüpfiges Volk leichter regieren. Da gibt es keine Einsprüche mehr von kleinen Parlamenten. Da kann vor allem auch das „große Geld“ besser schalten und walten. Immer mehr Bürger sehen, diese Entscheidungen von oben, mögen sie noch so demokratisch ummantelt sein, sind nichts anderes als das Volk verachtende Willkürakte.

Und zunehmend wird auch die Haltung der Parteien durchschaut.

Man versteht die entwürdigende Bettelei der Mörfelder SPD bei den Wiesbadener Parteifreunden. Sie, die gemeinsam mit denen da oben die Fusion eingeläutet haben, fürchten sich jetzt vor der Kommunalwahl.

Man durchschaut auch die die heuchlerische Demagogie der CDU, die nichts als Wählerfang im Sinn hat. In Mörfelden (jetzt noch) gegen die Fusion, in Walldorf dafür. Nicht zu vergessen, daß in CDU-regierten Ländern Gebietsreformen noch rigoroser durchgeführt werden.

Man erkennt auch, was es mit der „Modernität“ der FDP auf sich hat. Wo sie ihre Finger drin hat, schert sie sich einen Dreck um den Willen der Bürger. Die FDP ist wie die CDU ganz liberal – fürs große Kapital.

Man versteht jetzt auch besser, warum SPD, CDU und FDP von Mörfelden und Walldorf stets die DKP-Anträge nach einer Bürgerbefragung abgelehnt haben – man hatte einfach Angst vor dem Ergebnis.

Was ist jetzt noch zu retten?

Natürlich gibt es, vornehmlich im Walldorfer Parlament, Leute, die sagen:

„Man wird sich schnell an den neuen Namen gewöhnen.“

Natürlich gibt es viele, die resignierend meinen: „Die da oben machen doch, was sie wollen.“

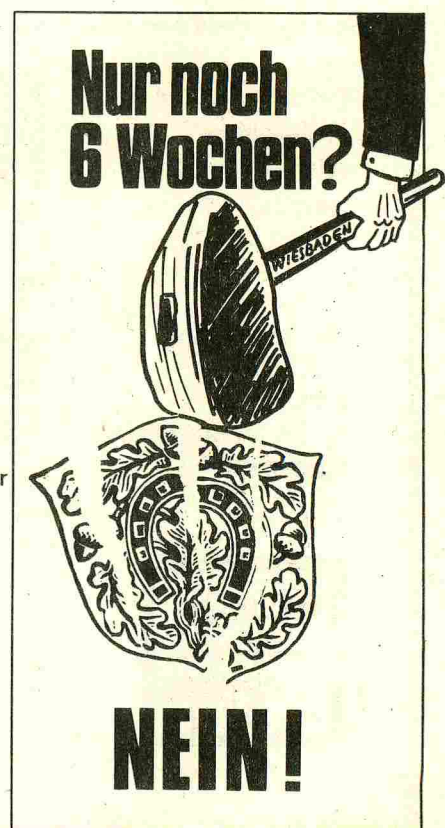
Aber vorherrschend ist nach wie vor in

Mörfelden der einheitliche Wille gegen Fusion und Namensänderung.

Es gibt die älteren Bürger, die hell empört sind und es gibt die Jugend, die den nötigen Elan besitzt, dafür zu sorgen, daß es nicht bei Empörung bleibt, und die verhindern kann, daß auch nur ein Ortsschild mit dem Namen „Waldfelden“ aufgestellt wird.

Und es gibt vor allem das Mittel, vor dem alle bürgerlichen Parteien zittern, am 20. März 1977 jenen die Quittung zu geben, die uns den ganzen Unsinn eingebracht haben.

Rudi Hechler.



DKP fordert gerichtliche Schritte um den Erhalt des Namens Mörfelden zu sichern

**Antrag der DKP-Fraktion
Betrifft: Namensänderung
von Mörfelden**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Magistrat wird beauftragt, sofort gerichtliche Schritte gegen die drohende Namensänderung von Mörfelden einzuleiten.
Noch in diesem Jahr muß durch eine Einstweilige Verfügung die Einführung des Namens „Waldfelden“ am 1. Januar 1977 gestoppt werden.

Begründung:

Mit der Einführung des Namens „Waldfelden“ würden große Kosten auf die Stadt und die Bürger zukommen.

Es wäre unverantwortlich, den Namen zuzulassen und später wieder eine Änderung anzustreben.

Wir sind sicher, daß die überwiegende Mehrheit der Mörfelder Bevölkerung alle Schritte gegen die drohende Namensänderung unterstützt.

*Jetzt werden
Sie nervös!*

Je näher das Jahresende herankommt, um so nervöser werden die Befürworter der Zwangsfusion von Walldorf und Mörfelden, die „Ja-Sager“ der SPD und FDP, aber auch die „Jein-Sager“ der CDU.

Die Unannehmlichkeiten, verursacht durch die Fusion, kommen langsam auf die Bevölkerung zu und in Anbetracht dessen, sowie im Hinblick auf die nicht mehr ferne Kommunalwahl am 20. März 1977, bekommen es die drei genannten Parteien langsam mit der Angst zu tun.

Da ist einmal der in Jahrhunderten geprägte Name „Mörfelden“, den die Herren in Wiesbaden ab Jahresende gegen den Willen der Bevölkerung in das beziehungslose „Waldfelden“ abändern wollen.

Da sind in Walldorf und Mörfelden 20 Straßen mit gleichen oder verwechselbar ähnlichen Namen, die zum Fusionstermin geändert werden sollen. Hierdurch entstehen so manchen Bürgern Kosten und es gibt Verärgerung.

Da sind zwei neue Rathäuser, aber nur noch eine Verwaltung. Das eine Amt in Mörfelden, das andere in Walldorf. Das gibt Ärger bei den Angestellten und bei den Bürgern über längere Wege.

Da wird es ab 1. Januar 1977 für die Zeit bis zur Neuwahl keine 37 Mörfelder Stadtverordneten geben, wie seither, sondern nur noch zwölf vom Regierungspräsidenten ernannte „Staatsbeauftragte“. Also weniger Bürgernähe.

Da werden ab Januar die Gebühren, Beiträge und Steuern vereinheitlicht, das heißt, daß sie nach oben angeglichen werden. Das sind alles keine Vorteile, sondern nur Nachteile für die Bevölkerung beider Städte. Zweier Städte, von denen jede für sich alleine lebensfähig ist.

Heinz Hechler

Es stinkt zum Himmel

Seit Jahrzehnten stinkt's zum Himmel im wahrsten Sinne des Wortes. Gemeint ist das faulende Wasser, der Klärschlamm der Stadt Langen, der moderne, absterbende Wald im Osten Mörfeldens. Schon die KPD vor 1956 hatte auf diesen Mißstand im Mörfelder Gemeindeparlament hingewiesen und Abhilfe gefordert. Bis heute sind über 20 Jahre vergangen und geschehen ist nichts. Das Problem ist größer geworden, die Geruchsbelästigung innerhalb unserer Stadt hat zugenommen. Klagen der Anwohner werden laut. Vor ein paar Jahren wurde der Bachverband gegründet, der den Bachlauf ausbauen und betreuen soll, überregional. Ergebnis: für den Bach wird noch weniger getan. Wurde früher von der Gemeinde der Bach innerhalb des Ortes und der Gemarkung noch von Laub etc. gereinigt, so wird dies heute kaum noch gemacht. Dies konnten jedenfalls die Stadtverordneten bei ihrer Stadtbegehung am 30. Oktober feststellen. Schlecht abfließendes Wasser, faulendes Laub, verursachen einen modernden Geruch. In der jüngeren Zeit haben sich auch die parlamentarischen Gremien von Mörfelden mit der Problematik befaßt. Lösungsmöglichkeiten sind diskutiert, Pläne liegen auf dem Tisch. Planfeststellungsverfahren für die Regulierung der Oberflächengewässer, Beseitigung der Mißstände im Nauheimer Oberwald, Rückhaltebecken, sind oder werden in Kürze eröffnet. Doch nun stellt sich ein anderes Problem: fehlendes Geld. „Wir sind unanständig reich“, dieser Ausspruch von Bundeskanzler Schmidt einmal getan, klingt sarkastisch in diesem Zusammenhang. Dieser Ballungsraum Rhein-Main mit all der Industrie und steter Wohnbebauung, ist überlastet in jeder Beziehung. Muß noch mehr Raubbau getrieben werden? Absinkendes Grundwasser, absterbender Wald, Verschmutzung der Luft und des Wassers durch Verkehr und chemische Industrie. Wie drastisch muß man es noch schildern, um die katastrophale Lage zu beschreiben? Wenn nun verantwortliche Politiker erklären, jetzt sei kein Geld vorhanden für diese dringend notwendigen Vorhaben, dann ist das einfach eine Lüge. Richtig müßte es heißen, das vorhandene Geld wird anderswo ausgegeben. Der arbeitende Mensch, der all die Werte schafft, der die Umwelt und Naherholungsgebiete nötiger denn je braucht, steht in diesem Staat leider nicht an erster Stelle. R. Dötsch

Kann der Name „Waldfelden“ noch verhindert werden?

Wir bitten alle Mörfelder Einwohner an der Veranstaltung teilzunehmen.



Nur noch 4 Wochen Mörfelden?

Podiumsdiskussion mit den Mörfelder Parteien.

Am Donnerstag, 2. Dezember 1976
20.00 Uhr
Bürgerhaus, Gesellschaftssaal

Korruption auf allen Ebenen

Die Verstrickung führender hessischer Sozialdemokraten in sogenannte Spenden- und Darlehensaffären ließ sich nicht länger vertuschen. Osswald ging, Holger Börner kam. Selbst belastet durch die Lockheed-Affäre eines Franz Josef Strauß, versucht die CDU durch die Flucht nach vorn von ihren eigenen Banken-, Börsen- und Korruptionsaffären abzulenken. Wer über „Helaba“ spricht, vergißt die „Kohlaba“ — so lautet die Rechnung der CDU. Daraus darf allerdings nicht geschlossen werden, daß die Vorwürfe auf führende hessische Sozialdemokraten jeglicher Grundlage entbehren.

Sicher ist, daß auch SPD-Politiker auf allen Ebenen sogenannte Spenden und Darlehen annahmen und großkapitalistischen Bank- und Konzernherren danach Vorzüge und Vergünstigungen einräumten. In all diesen Affären widerspiegelt sich ein Grundzug der überlebten kapitalistischen Ordnung. Monopole und Banken sind mit den jeweiligen Regierungen — gleichgültig von welchen der drei Bonner Parteien sie gebildet werden — eng verflochten.

Im Vordergrund steht immer — wie der Regierungschef auch heißt — welcher Partei er auch angehört — die Liebedienerei vor den Bank- und Konzernherren. Ihnen werden Steuermillionen als sogenannte Investitionshilfe überwiesen, ihnen werden günstige Baugrundstücke zugeschoben, ihnen werden at-

traktive Infrastruktureinrichtungen gebaut, wie Straßen und Brücken, Parkplätze und Gleisanschlüsse. Die Wünsche und Forderungen des Volkes bleiben meist auf der Strecke. Aus diesem gegen die arbeitende Bevölkerung gerichteten Mechanismus entstehen die Korruptions- und Lobbyaffären, wie faule Blüten eines sumpfigen Wassers. Der berühmte Satz: eine Krähe hackt der anderen nicht die Augen aus, charakterisiert auch hier die Lage. Weil alle Parteien des Bonner Systems eng mit dem Groß- und Rüstungskapital verflochten sind, kommen nur wenige Skandale an die Öffentlichkeit.

Wir meinen:

- Personenwechsel oder Rücktritte lösen die Probleme nicht.
- Ob Helaba, Lockheed oder Kohlaba, ob Capocotta-Affäre oder geplatzte Projekte à la Manhattan-Center, überall herrscht der vom profitträchtigen System erzeugte Dunstkreis der Korruption.
- Wer der Korruption, der Bestechung und dem Lobbyismus zu Leibe rücken will, muß mehr Macht und Einfluß für die arbeitende Bevölkerung und ihre demokratischen Organisationen erkämpfen.

Notwendig ist die:

- Verwirklichung des Prinzips der gläsernen Taschen zur Kontrolle der Banken und Konzerne.

- Ausweitung der Mitbestimmung durch die Gewerkschaften, die Belegschaften und andere demokratische Organisationen in Hessen.

Wer erwartet hatte, der neue hessische Ministerpräsident Holger Börner würde neue Markierungspunkte setzen, sieht seine Erwartungen enttäuscht. Fest eingebaut in die sogenannten Sachzwänge des kapitalistischen Systems und dementsprechend enttäuschend sind seine ersten Erklärungen.

Börner beugt sich, wie sein Amtsvorgänger, den sogenannten Sachzwängen dieses Systems.

Die arbeitende Bevölkerung in Hessen wird allen Grund haben, den Widerstand gegen die geplante Politik weiterer Belastungen und Einschränkungen zu organisieren.

Der Gradmesser der DKP für die Beurteilung der Politik der neuen Landesregierung wird sein, welche Maßnahmen sie einleitet, um sich aus den Fängen des Großkapitals zu befreien, wie sie Arbeiterinteressen zum Maßstab ihres Handelns macht.

Das heißt konkret: Die Erfüllung der Prüfstellen des DGB, die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, die Beseitigung der Lehrstellennot, die Überwindung der Kurzarbeit und die Verbesserung der schulischen und beruflichen Bildung und Ausbildung.

Der Gradmesser für die Politik der Landesregierung wird sein, wie sie entsprechend der Hessischen Verfassung Demokratie und Freiheit verwirklicht und die undemokratische Berufsverbotspraxis abschafft.



Mörfelden gestern

Das schönste Haus in Mörfelden ist sicher immer noch der „Goldene Apfel“. Von riesigen Kastanienbäumen umgeben, war der „Goldene Apfel“ lange eine Herberge für Reisende. Versetzen wir uns in die Zeit, in der noch ein Wallgraben den Ort umgab, so war der „Goldene Apfel“ gleich das erste Gasthaus hinter der Zugbrücke.

Das Haus gehört wie die Nikolauspforte, das Forsthaus Wiesental und das alte Mönchbruchsloß zu den Bauten, die mit allen Mitteln geschützt und erhalten werden müssen (der Linolschnitt stammt von Otto Martin).

Wir haben die Fusionsfolgen nicht zu verantworten !

Aus der Erklärung der DKP-Fraktion zur Ernennung von Staatsbeauftragten

Die Meinung der DKP-Fraktion zu dieser Frage ist allseits bekannt. Sie wurde bisher auch in den Ausschüssen unmißverständlich vorgetragen. Wir sagen es hier noch einmal ganz klar und deutlich. Wir haben den durch die Fusion verursachten Zauber nicht zu verantworten. Wir sind für ein Weiterbestehen des Stadtparlamentes und des gewählten Magistrats bis zur Neuwahl im März 1977. Das wäre eine wirklich demokratische Lösung.

Das Beispiel, daß dieser Lösung am nächsten kommt, wäre das 45er-Modell für die Stadtverordnetenversammlung gewesen. Die Zusammensetzung hätte nach dem Wahlergebnis von Mörfelden und Walldorf im Jahre 1972 erfolgen müssen.

Für dieses Modell war von Anfang an die Mehrheit dieses Parlaments. Die FDP, um mit den kleinen Parteien anzufangen, bekundete noch durch Herrn Schmidt vor kurzem: „Wir bestehen auf dem 45er-Modell, da es ganz besonders die kleinen Parteien entsprechend repräsentiert. Das ist die sauberste Lösung.“

Auch die CDU war dafür, wollte aber einen zweiten Magistratssitz.

Die SPD konnte sich ebenfalls in der ersten Ausschußsitzung dafür erwärmen, als wir den Kompromiß-Vorschlag einbrachten, nämlich 45 Stadtverordnete einschließlich bestehendem Magistrat. Aber da spielten die im Walldorfer Parlament vorhandene Arroganz und der dort noch stärker ausgeprägte Antikommunismus nicht mit. Der Einfluß der Walldorfer Parteien auf ihre Mörfelder politischen Freunde ist stärker als bisher angenommen. Schon von Anfang an suchte man in Walldorf nach einem Weg, die Kommunisten auszuschalten. Ganz wagten sie es jedoch bisher noch nicht, obwohl sie auch jetzt noch spekulieren und hoffen, daß der Regierungspräsident sich noch sperrt, einen Kommunisten zu einem Staatsbeauftragten, also zu einem Ehrenbeamten zu ernennen.

Was uns heute vorgelegt wird, ist das Produkt einer Manipulation. Denn eines geht daraus hervor. Gegen die Kommunisten sind sie sich alle einig. Da fällt die FDP um, was bei dieser Partei symptomatisch ist, wenn das

auch in Mörfelden bisher noch nicht so groß hervorgetreten ist. Sie ist nun plötzlich auch für 24 Stadtverordnete, nachdem ihr ein Sitz im Magistrat vermachte wurde.

Die SPD gibt also freiwillig einen Magistrat an die FDP ab, den sie 1972 nur durch die vier Stimmen der DKP erhalten hat. Man kann über ein solches Verhalten nur staunen.

Auch die CDU ist mit einer solchen Lösung plötzlich zufrieden, denn endlich ist ein Gremium geschaffen, in dem alle drei bürgerlichen Parteien unter sich sind. Da kann man schon mal auf den zweiten CDU-Magistrat verzichten, dem man vier Jahre nachgetrauert hat und den man auch in den letzten Wochen noch für den Übergangsmagistrat beharrlich forderte.

Wenn die FDP einen Magistratssitz erhält, dann hätte die DKP viel mehr Anrecht darauf. Immerhin war die DKP 1972 die drittstärkste Partei, aber wenn schon eine „saubere Lösung“, die sauberste Lösung wäre doch dann wohl ein Allparteienmagistrat.

Sicher sind ihre Befürchtungen, meine Herren von der FDP, CDU und SPD, daß dort der Kommunist nicht bei allem mitspielt, berechtigt.

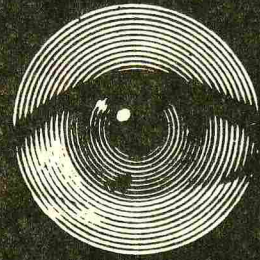
Vielleicht hat es auch einen Wink des Regierungspräsidenten nach Mörfelden gegeben, in dem empfohlen wird, den Magistrat in der Übergangszeit ganz besonders aufzuwerten und ohne die DKP auszustatten. Wir werden jedenfalls der Sache einmal nachgehen und eine Abwertung der Stadtverordnetenversammlung nicht zulassen.

Wenn sie glauben, im Magistrat die Weichen für neue Belastungen unserer Bevölkerung in den kommenden Jahren stellen zu können, ohne daß die Aufpasser der DKP dabei sind, dann haben sie sich getäuscht. Unsere Vertreter werden im Stadtparlament jede Maßnahme unterstützen, die den Interessen der arbeitenden Bevölkerung dient. Sie werden sich aber allem widersetzen, was dem Bürger weitere Belastungen bringt. Die Bevölkerung hat dies erkannt und honoriert es in steigendem Maße.

Trotz jahrelangem Verbot erhielten wir 1968 537 Stimmen, 1972 erhielten wir 711 Stimmen, dies waren elf Prozent aller abgegebenen Stimmen. Sind sie sich klar darüber, meine Damen und Herren, 1977 werden wir unseren Anteil weiter vergrößern. Sie schaffen es nicht mehr, uns vom Fenster wegzubekommen.

H. Hechler

BLICKPUNKT KOMMUNAL



Neue Initiativen der DKP-Fraktion

Ermäßigung der Kanalbenutzungsgebühren

Die Fraktion der DKP hat einen Antrag bei der Stadtverordnetenversammlung gestellt, der beinhaltet, daß die Kanalbenutzungsgebühr in diesem Jahr ermäßigt wird.

Man ging von dem Wunsch vieler Bürger aus, die in diesem Sommer erhöhten Wasserverbrauch hatten, wegen der langen und überdurchschnittlich großen Hitze. Um das Grün der Gärten zu erhalten, mußte fast täglich der Rasensprenger eingeschaltet und mußte täglich der Gemüsegarten gegossen werden.

Diese Wassermenge, ist nicht in den Kanal und in die Klaranlage geflossen. Der Antrag der DKP-Fraktion lautet: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, die Kanalbenutzungsgebühr um die Hälfte des diesjährigen Mehrverbrauchs zu erlassen.

Das heißt im konkreten, wer in diesem Jahr 50 Kubikmeter Wasser mehr verbrauchte, spart also 25 mal 0,65 DM, also 16,25 DM, vorausgesetzt, das Stadtparlament stimmt diesem Antrag zu.

Mit der Erlassung eines Teiles der Kanalbenutzungsgebühren würde die Stadt außerdem den Grundstücksbesitzern gerecht, die bis jetzt noch keine Pumpe installiert haben und nach wie vor das Wasser zur Berieselung ihrer Gärten aus dem städtischen Leitungsnetz entnehmen.

Antrag der DKP-Fraktion Betrifft: Heimatmuseum

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Mörfelden errichtet ein Heimatmuseum. Der Magistrat wird beauftragt, noch vor dem Fusionstermin die notwendigen Schritte einzuleiten.

Hierzu gehören:

1. Erfassen aller bereits in städtischem Besitz befindlichen Gegenstände, von frühgeschichtlichen Funden bis hin zu Stücken bzw. Arbeitsgeräten unserer jüngsten Vergangenheit.
2. Erstellung eines ersten Entwurfes der Infrage kommenden Sachgebiete.
3. Unterrichtung des Haupt- und Finanzausschusses hierüber.
4. Aufruf an die Bevölkerung zur Spende von Gegenständen, die sich für die Aufnahme in ein Heimatmuseum eignen.

Begründung:

Nicht zuletzt wegen der Fusion und der damit drohenden Auslöschung des geschichtlichen Namens Mörfelden, halten wir die Einrichtung eines Heimatmuseums für notwendig. Wie leicht gehen wertvolle Stücke, die Aufschluß über die Geschichte geben können, im Laufe der Jahre verloren. Sicher wird manches alte Bild, mancher Gegenstand oder auch früheres Werkzeug der Mörfelder Handwerker und Bauern gerne zu diesem Zwecke gestiftet.

Stärkt die **DKP**
werde Mitglied!

Antrag der DKP-Fraktion Betrifft: Satzungen und Gebühren

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, allen Fraktionen des Mörfelder Parlaments je ein Exemplar der gesamten städtischen Satzungen, Steuerhebesätze, Geschäftsordnungen und Gebührenordnungen der Stadt Walldorf zu beschaffen.

Außerdem ist in übersichtlicher Form eine Gegenüberstellung aller Mörfelder und Walldorfer Gebühren, Beiträge und Steuern von der Verwaltung zu erstellen und allen Stadtverordneten zu übergeben.

Begründung:

Den Fraktionen dieses Parlaments sollte schon jetzt Gelegenheit gegeben werden, sich einen Überblick darüber zu verschaffen, welche Unterschiede im einzelnen zwischen den beiden Städten auf diesem Gebiet bestehen.

Mehr Sicherheit für die spielenden Kinder

Seit dem der Wohnblock an der Rembrandtstraße Nr. 1 bewohnt ist, wurde ein Spielplatz genau an dieser Straße angelegt, der an der Straßenseite ohne Zaun oder Hecke ist. Dies bedeutet einen Gefahrenpunkt für Kinder und Autoverkehr. Leicht kann ein Ball von spielenden Kindern auf die Fahrbahn rollen, ein Kind hinterherspringen und dabei unter die Räder kommen. So forderte die DKP-Fraktion in einem Antrag an die Stadtverordnetenversammlung, der Magistrat solle Sorge tragen,

damit dort ein Zaun entlang der Straße errichtet wird. Außerdem könnte eine dichte Hecke die Kinder vor Auspuffgasen schützen. Allerdings solle man bei der Auswahl der Sträucher beachten, daß auch später die Sicht der Autofahrer in der Kurve nicht behindert wird.

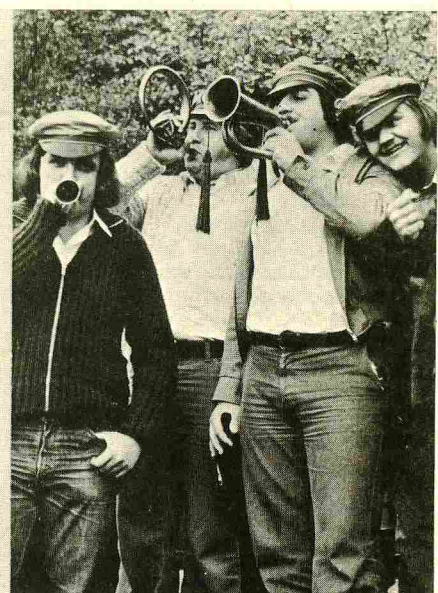
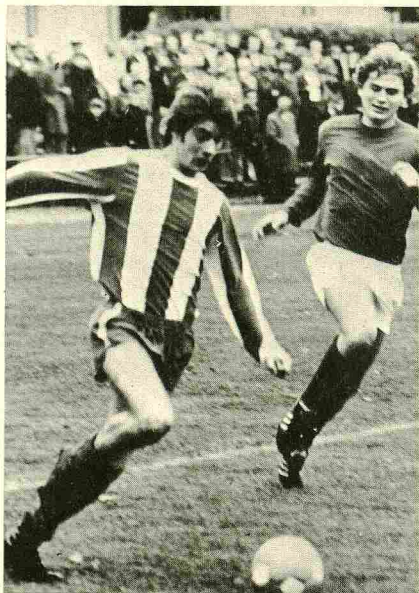
Errichtung eines Cafes in Mörfelden

Die Fraktion der DKP hat nun eine Initiative ergriffen, um die Lücke zu schließen, die vor einigen Jahren entstand, als das einzige Cafe in dieser Stadt schloß.

Die Fraktion richtete eine Anfrage an den Magistrat der Stadt, um auf den Wunsch vieler Bürger hinzuweisen, eine solche Lokalität wieder anzusiedeln. Die gemütliche Atmosphäre, verbunden mit entsprechendem Warenangebot, kann eine Gaststätte üblicher Couleur in Mörfelden nicht erfüllen. Gerade ältere Menschen vermissen eine solche Einrichtung.

So forderte die DKP-Fraktion, daß sich der Magistrat mit der Kreisinnung des Konditoreihandwerks ins Benehmen setzt, um bald wieder ein Cafe in Mörfelden zu haben.

Die DKP richtete sich in dieser Angelegenheit auch an die hiesige Gewerbevereinigung, die gebeten wird, sich in ihren Reihen, für ein Cafe einzusetzen. In dem Schreiben heißt es, daß sicher keine Zweifel bestünden, daß sich eine solche Lokalität bei dieser Stadtgröße rentieren wird.



Nach einem schwachen Start in die laufende Bezirksligarunde holten die Fußballer der SKV nach einem 2:0-Auswärtssieg in Dieburg, einem 1:1-im Lokalderby gegen RW Walldorf und einem weiteren 1:1 beim SV Erzhausen, 4:2 Punkte und haben damit wieder Anschluß an das Mittelfeld gefunden.

Diese Leistungssteigerung sollte der Mannschaft das nötige Selbstbewußtsein zurückgeben, um mit einem gesicherten Tabellenplatz die Vorrunde abzuschließen. Unsere Fotos zeigen Szenen aus dem Lokalderby gegen Walldorf, das vor über 1.000 Zuschauern mit einem 1:1 Unentschieden endete. Daneben die Mörfelder Kerwebersche, die ihre Mannschaft lautstark unterstützten.

Beethoven gehört dem Volk!

Die einzigen Arbeiter im Konzertsaal sind oft die, die ihn bauen, die, die Stühle aufstellen oder hinterher saubermachen. Selten hören sich Arbeiter das Konzert auch an. Die herrschende Kulturindustrie bemüht sich um solches Publikum auch gar nicht. „Ernst“ Musik muß offensichtlich nicht zu den Freizeitbeschäftigungen und Kulturerlebnissen breiter Massen gehören. Dahingegen haben Arbeiterbildungsvereine, die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften immer wieder dafür gesorgt, daß Arbeitern auch diese Bereiche der Kunst zugänglich gemacht wurden. Solche Traditionen hat die DKP mit ihren Arbeiterkonzerten wieder aufgenommen.

Das 2. Hessische Arbeiterkonzert findet am 28. November 1976 in Offenbach statt. Dazu lädt die DKP-Mörfelden alle Bürger herzlich ein. Karten gibt es bei den Mitgliedern der DKP-Mörfelden. Mitfahrmöglichkeiten werden organisiert.

Das Orchester, das in Offenbach gastieren wird, kommt aus Halle. Dort, wie in der ganzen DDR, sind Arbeiter im Konzertsaal die Regel und nicht die Ausnahme. Verständnis und Liebe auch für klassische Musik wird gezielt und unter Mitwirkung von Komponisten und Musikern gefördert. Dieser Aufgabe widmet sich auch die Hallesche Philharmonie. Durch breit geführte Konzertplandiskussionen in Großbetrieben, durch eigene Sinfoniekonzerte für die Arbeiterjugend, durch Schulkonzerte und durch die Zusammenarbeit mit Arbeitern bei der Schaffung neuer Werke bewirkt das Orchester eine weitestgehende Demokratisierung des Konzertlebens. In einer Broschüre der Halleschen Philharmonie umreißt das Orchester seine Zielstellung wie folgt: „Die bisher entstandenen musikalischen Bedürfnisse der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. . . besser zu befriedigen und gezielter zu entwickeln.“

Das Programm des 2. Hessischen Arbeiterkonzerts umfaßt drei Werke von Ludwig van Beethoven und Günter Kochan. Beethovens Fünfte Sinfonie entstand 1807 bis 1808. Sie ist seine volkstümlichste Sinfonie: Das berühmte Hauptmotiv, mit dem der erste Satz beginnt, kennt fast jeder. Der ganze Satz lebt von diesem Motiv, das man auch Schicksalsmotiv genannt hat. Der Finalsatz löst die düster-dramatische Spannung der vorausgegangenen Sätze. Wir finden hier marschartige musikalische Elemente, die Beethoven aus der französischen Revolutionsmusik übernommen hat. In diesem Satz kommt der Glaube an einen Sieg der Vernunft — und das heißt bei Beethoven der Glaube an eine gerechte, vom Volk selbst bestimmte, eine demokratische Zukunft — zum Ausdruck.

Das fünfte Klavierkonzert ist das monumentalste der Konzerte Beethovens. Das Soloinstrument ist als gleichrangiger Partner dem Orchester gegenübergestellt und „kämpft“ gegen das Orchester mehr an, als daß es vom Orchester begleitet wird: eine verkappte Sinfonie mit Solo. Der Grundcharakter der beiden Ecksätze ist strahlend, kämpferisch, kraftvoll. Der langsame Satz, ein breit dahinströmender Gesang, scheint die Hoffnung der Menschheit auf Frieden auszudrücken. Die Zweite Sinfonie von Günter Kochan entstand 1968 und ist dem 20. Jahrestag der DDR gewidmet. Kochan ist einer der bedeutendsten lebenden Komponisten der DDR und u.a. Autor zahlreicher Chöre und Lieder. Die Sinfonie ist einsätzig, enthält jedoch zahlreiche Abschnitte wechselnden Charakters und verschiedenen Tempos. Ähnlich wie bei Beethovens Fünfter Sinfonie entstehen alle Themen, so gegensätzlich sie auch

scheinen mögen, aus einem Grundmotiv, das gleich am Anfang erklingt. Düster vorwärtsdrängende Episoden lösen sich ab mit tänzerischen oder nachdenklichen. Obwohl kein „Programm“ genannt wird, ist deutlich, daß Kochan ein musikalisches Bild der widerspruchsvollen Prozesse, die den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft begleiten, zeichnen wollte. Die Tonsprache ist herb, dissonanzreich aber durch die Plastik der musikalischen Gestalten und ihrem Beziehungsreichtum dem aufmerksamen Hörer verständlich. Die Grundhaltung der Musik ist, trotz düsterer Eindrücke, kraftvoll und optimistisch.

In ein paar Wochen ist
Weihnachten.
Das Mörfelder Buch
ist ein schönes Geschenk!

Bald ist Weihnachten — und das Buch ist ein schönes Geschenk für die Jugend, die Neubürger und für die älteren Menschen, die sich an vieles noch selbst erinnern können. Und ganz sicher freuen sich auch die „Mörfelder“ darüber, die nicht mehr in dieser Stadt wohnen.

Erhältlich ist das Buch bei der Druckerei Scholl & Klug, Heinrichstraße 7, Tel.: 35 60; der „Mörfelder Bücherstube“, Langer Straße 9; der Buchhandlung Arndt, Bahnhofstraße; den Mörfelder Stadtverordneten der DKP: Michael Denk, Gartenstraße 15, Tel.: 14 55; Heinz Hechler, Ellenbogenstraße 8, Tel.: 33 35; Rudolf Dötsch, Schumannstraße 3, Tel.: 31 66; Artur Siegel, Kalbsgasse 9, Tel.: 1447 und bei allen Mitgliedern der DKP in Mörfelden.



2. Hessisches Arbeiterkonzert

Offenbach Theater a.d. Goethestraße

Es spielt die Hallesche Philharmonie DDR, Sonntag, 28. November 1976, 16.00 Uhr
Dirigent: Olaf Koch
Solist: Renate Schorler, Klavier
Eintritt DM 6,-
Programme:
(Schüler, Studenten, Arbeitslose, Rentner u. Soldaten: DM 4,-)
Eine Veranstaltung der
DKP

1. Günter Kochan - 2. Sinfonie
2. Ludwig van Beethoven - Klavierkonzert Nr. 5, Es-dur op. 73
3. Ludwig van Beethoven - Fünfte Sinfonie c-moll op. 67

Gedanken zum Besuch der Leningrader Musiker in Mörfelden

Freundschaft mit der Sowjetunion, Sicherheit für Europa, Frieden für unser Land !

Der Besuch des Leningrader Orchesters in Mörfelden kennzeichnet die in den vergangenen Jahren eingetretene Verbesserung des Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland. Er signalisiert fühlbare Entspannung.

Die Wendung zum Besseren, für die unsere Partei immer gekämpft hat, entspricht den Hoffnungen und Erwartungen aller Völker. Sie deckt sich vollständig mit dem Interesse unseres Volkes, dem der Antisowjetismus niemals genutzt, aber immer verheerenden Schaden zugefügt hat.

Welches Leid hat es unseren Völkern gebracht, als mit dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion im Jahre 1941 das irrsinnige Großmachtstreben des deutschen Großkapitals seinen verbrecherischen Höhepunkt fand?

Und wieviel Jahre mußten wir nach 1945 in Unsicherheit leben, weil die antisowjetische Außenpolitik eines Konrad Adenauers und seiner Nachfolger die Konfrontation mit unserem großen Nachbarn im Osten suchte, statt die Zusammenarbeit?

Viele werden sich noch an den Ausspruch des ersten westdeutschen Bundeskanzlers erinnern können: „Wir müssen rüsten, rüsten

und rüsten, und wenn wir stark genug sind, dann werden wir die Sowjetunion nach unseren Vorstellungen zwingen können.“ Für diese Politik wurde damals der Ausdruck „Politik der Stärke“ geprägt. Was brachte sie uns ein?

Zementierung der Feindschaft zur Sowjetunion, unter antikommunistischen Vorwänden Milliarden-Ausgaben für die Bundeswehr, Aushöhlung der Verfassung durch Notstandsgesetze usw.

Der Ausbau der Beziehungen mit der Sowjetunion auf allen Gebieten läßt uns sicherer in die Zukunft schauen.

Wer friedlich zusammenarbeitet, der schießt nicht aufeinander. Wer heute noch Strauß, Dregger und Leber glaubt, daß wir aus dem Osten bedroht werden, der ist selber dran schuld.

Unser Land braucht die Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion. Gute Nachbarschaft und Freundschaft zu diesem ersten Land des Sozialismus nützen vor allem der arbeitenden Bevölkerung.

Warum?

Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten besitzen nicht nur einen großen Markt, sondern vor allem leistungsstarke und krisensichere Volkswirtschaften. Vielen Tausend Arbeitern in der Bundesrepublik sichert jetzt schon der Handel mit der Sowjetunion die Arbeitsplätze.

Die sozialistischen Ländern kennen keine Währungskrisen, die sich inflationstreibend auf unser Geld auswirken könnten. Die Behauptungen von Gegnern der Sowjetunion, große sowjetische Aufträge würden der westdeutschen Wirtschaft und Währung Schaden zufügen, sind nichts anderes als Hirngespinnste oder billige Propaganda-Behauptungen.

Stabile Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten erlauben den Herren Kapitalisten nicht mehr, so einfach die Schuld von sich auf andere abzuwälzen. Solche stabilen Wirtschaftsbeziehungen verbessern die Möglichkeiten des Kampfes der Arbeiter und Angestellten für höheren Lohn und für bessere Arbeitsplätze.

Der Friede in Europa braucht freundschaftliche Beziehungen zwischen unserem und dem sowjetischen Volk. Das deutlich auszusprechen, gebietet nicht nur die historische Wahrheit und Gerechtigkeit, das verlangt die Zukunft, das Bedürfnis nach größerer Sicherheit und konstruktiver Zusammenarbeit im Maßstab des ganzen Kontinents.

rh

Anzeige

Bücher

aus Ihrer collectiv-Buchhandlung

61 Darmstadt, Lauteschlägerstraße 3
Buchhandlung Wissen und Fortschritt
Telefon: (06151) 7 52 30

Ausstellung im Bürgerhaus Mörfelden

Am 4. 12. 76, ab 13 Uhr

Bücher aus der DDR



Kinderbücher
Belletristik
Sachbücher

Sportliteratur
Schulbücher
Schallplatten



LENINGRADER MUSIKER IN MÖRFELDEN

Wolga-Lied

Montag, 15. November 1976
20 Uhr
Bürgerhaus Mörfelden

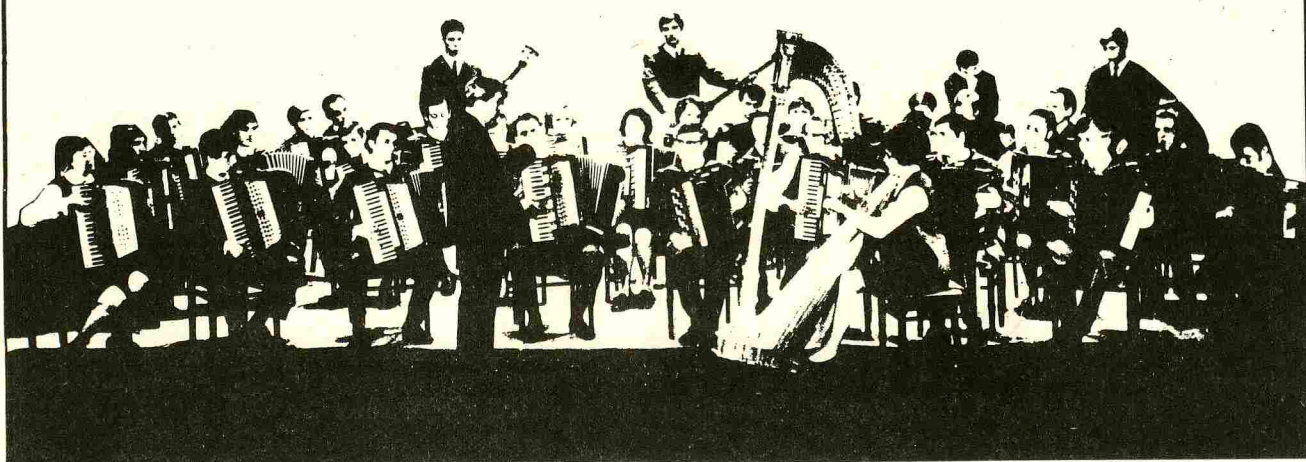
Es spielt
das Ziehharmonikaorchester des
Leningrader Kulturhauses

Eintritt 5,- DM; Jugendliche, Rentner, Arbeitslose, Wehrpflichtige: 3,- DM

Kartenreservierung: Rudi Hechler, Tel.: (06105) 2 23 62

Kartenvorverkauf:

Buchhandlung Arndt, Bahnhofstraße;
Buchhandlung Ziegler, Langstraße;
Lebensmittel-Schaffner, Hochstraße
und bei allen Mitgliedern der DKP-Mörfelden



Willkommen in Mörfelden !

Das sowjetische Orchester, das jetzt nach Mörfelden kommt, ist Preisträger der Allunions- und des internationalen Musikfestivals. Es ist das Ziehharmonikaorchester des Leningrader Kulturhauses für Berufsfachbildung. Weitere Instrumente des Volkskunstensembles sind Geige, Harfe und Metallbretter. Das Orchester unter der Leitung des „Verdienten Künstlers der RSFSR“ Pawel Iwanowitsch Smirnov wurde 1943 im Leningrad der Blockadezeit aus Berufsfachschülern gegründet. Im Repertoire des Orchesters, das insgesamt 100 Berufsfachschüler umfaßt, stehen die Werke der russischen und Welt-

klassik sowie die Werke der sowjetischen Komponisten. Nach der Meinung von Fachleuten und Musikfreunden ist das Können des Orchesters dem eines Berufsorchesters gleich. Das Programm in Mörfelden spannt einen Bogen von Bach, Tschajkowskij, Chatschaturjan bis Strauß. Es klingt aus mit einer Kaskade russischer Volkslieder. In den 60er bis 70er Jahren haben die hervorragenden sowjetischen Komponisten Schostakowitsch, Chatschaturjan, Kobalewskij, Muradeli das Schaffen des Leningrader Orchesters hoch eingeschätzt.

Mehrmals gastierte das Orchester in Moskau und in vielen sozialistischen Ländern. Ein begeisterter Empfang wurde ihm von Musikfreunden in Stockholm, Oslo, Kopenhagen bereitet. Die Volksgruppe ist Preisträger des Weltjugendfestivals in Budapest sowie vieler Allunions und internationaler Musikwettbewerbe. Das Hauptziel des Orchesters ist die Einbeziehung junger Arbeiter zur Musik, das Bekanntmachen der Weltkultur unter den arbeitenden und lernenden Jugendlichen. Die Mörfelder Musikfreunde haben die einmalige Gelegenheit, ein großes sowjetisches Orchester im Bürgerhaus zu erleben. Wir heißen die Leningrader Musiker herzlich willkommen.